

Interview von Willy Brandt mit dem ORTF über die deutsch-französischen Beziehungen (1. Juli 1970)

Legende: In einem Interview kurz vor den deutsch-französischen Konsultationen am 3. und 4. Juli 1970 gibt Willy Brandt dem französischen Fernsehsender ORTF am 1. Juli ein Interview, in dem er die Beziehungen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland als „beispielhaft“ bezeichnet. Der Bundeskanzler betont, wie wichtig die Unterstützung der Ostpolitik der Bundesregierung durch den französischen Präsidenten Georges Pompidou ist.

Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. 03.07.1970, Nr. 90. Bonn: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. "Deutsch-französische Zusammenarbeit beispielhaft für Europa", p. 889-890.

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL:

http://www.cvce.eu/obj/interview_von_willy_brandt_mit_dem_ortf_uber_die_deutsch_franzosischen_beziehungen_1_juli_1970-de-0dcc7887-ba49-4b0f-b29f-df4e9c3280a6.html

Publication date: 03/07/2013

Deutsch-französische Zusammenarbeit beispielhaft für Europa

Günstige Auswirkungen auf die Ost-West-Beziehungen — Von der Konfrontation zum Dialog Konsequente Schritte zum Abbau des Mißtrauens — Wiederbelebung der Einigungsbestrebungen Europas

Anlässlich der deutsch-französischen Konsultationen am 3. und 4. Juli 1970 in Bonn gab Bundeskanzler Willy Brandt dem französischen Fernsehen ORTF am 1. Juli 1970 folgendes Interview:

Frage:

In welchem Maße wird Ihr bevorstehender Vertrag mit den Sowjets „gewisse Realitäten“, wie sie aus dem Kriege hervorgegangen sind, anerkennen?

Antwort:

Der Kern des von der Bundesregierung mit der Sowjetunion angestrebten Vertrages ist ein beiderseitiger Gewaltverzicht. Es wäre illusionär, hiervon eine Beilegung aller Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und der Sowjetunion zu erwarten. Doch wollen wir einen Anfang setzen und eine Entwicklung einleiten, an deren Ende eine Normalisierung unseres Verhältnisses zur Sowjetunion und den anderen östlichen Nachbarn steht. Wir sind der Überzeugung, daß dies der Erhaltung des Friedens dient.

Die sowjetische Regierung hat bei den Sondierungsgesprächen, die in Moskau geführt wurden, immer wieder betont, daß ihrer Auffassung nach ein beiderseitiger Gewaltverzicht von den Realitäten auszugehen habe, die sich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa herausgebildet haben. Dem kann man vernünftigerweise nicht widersprechen. Doch muß man stets auch die Frage stellen, was unter Realitäten zu verstehen ist und welche Realitäten welcher Beurteilung zugrunde gelegt werden. Außerdem geht es ja dann darum, wie man bestehende Zustände verbessern kann. Konkret: Wie wir die Zusammenarbeit so gestalten, daß der Weg zu einer europäischen Friedensordnung geebnet wird.

Im Verhältnis zu Polen gehen wir davon aus, daß der Streit um die Grenze ausgeräumt werden sollte. Im Verhältnis zur Tschechoslowakei gehen wir davon aus, daß das Münchner Abkommen ungerecht war und nicht mehr gültig ist.

Im Verhältnis zur DDR — dem, was man im Ausland Ostdeutschland nennt — gehen wir davon aus, daß im Interesse des Friedens und der Menschen vertragliche Regelungen getroffen werden sollten. Dies hat nichts damit zu tun, daß wir Unrecht anerkennen oder daß wir die gegen den Willen unseres Volkes erfolgte Spaltung nachträglich sanktionieren. Aber für uns ist es eben auch eine Realität, daß die deutsche Nation weiterlebt. Deshalb müssen zumindest Möglichkeiten für die Pflege der menschlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Deutschen in den beiden Teilen geschaffen werden.

Sie sehen, daß es um Zusammenhänge geht, die mit dem Ausdruck „Anerkennung von Realitäten“ unzureichend beschrieben werden.

Frage:

In welchem Maße würde ein Vertrag mit der Sowjetunion den Vorstellungen der Alliierten bezüglich Deutschland Rechnung tragen?

Antwort:

Es gibt in dem Komplex, der Gesprächsgegenstand zwischen uns und der Sowjetunion ist, eine ganze Reihe von wesentlichen Problemen, die wir nicht als Bundesregierung allein lösen können. Wir sind uns mit unseren Verbündeten darüber einig, daß die Verantwortung für Deutschland als Ganzes und für Berlin weiterhin bei den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges liegt. Der von den Vier Mächten 1945 vertraglich kodifizierte Wille, von Deutschland als Ganzem auszugehen und die sich daraus ergebende Notwendigkeit einer friedensvertraglichen Regelung für Gesamtdeutschland bilden eine entscheidende Grundlage unserer Politik und der unserer Verbündeten.

Es ist daher schon aus diesem Grunde selbstverständlich, daß jede Initiative, die wir mit dem Ziel der Aussöhnung mit den Völkern des Ostens ergreifen, eng mit unseren westlichen Partnern abgestimmt wird. Ich gehe noch weiter und sage, daß unsere Ostpolitik überhaupt erst möglich wird durch ihre feste Verankerung im Westen.

Frage:

Was erwarten Sie von Ihrem guten Einvernehmen mit Moskau? Eine Einwirkung in dem Sinne, daß Ihr unterbrochenes Gespräch mit Herrn Willi Stoph wiederaufgenommen wird?

Antwort:

Wir streben ein gutes Einvernehmen mit Moskau an, denn niemand wird annehmen, daß ein gespanntes Verhältnis zur Sowjetunion unsere eigene Lage oder die Lage in Europa erleichtern kann. Wenn es möglich wäre, wenigstens einen Anfang zu machen und auf einem Teilgebiet, dem des gegenseitigen Gewaltverzichts, Fortschritte zu machen, so würde dies gleichwohl bedeuten, dass wir erst am Anfang eines langen Weges stünden. Es geht zunächst darum, von der Konfrontation zum Dialog zu kommen.

Unsere Politik läuft nicht darauf hinaus, andere Regierungen gegeneinander auszuspielen. Aber man kann wohl davon ausgehen, daß ein normaleres Verhältnis zu Moskau auch das Gespräch mit Ostberlin erleichtern würde.

Herr Stoph war ja im Übrigen nach den Begegnungen in Erfurt und Kassel nicht der Meinung, daß wir den Meinungs austausch abbrechen sollten. Ich meine allerdings, daß eine dritte Begegnung ohne angemessene sachliche Vorbereitung nicht sinnvoll ist.

Frage:

Haben Sie, Herr Bundeskanzler, das Gefühl, daß Frankreich Ihre Ostpolitik gebremst oder im Gegenteil verstanden und ermuntert hat?

Antwort:

Wir empfinden die Unterstützung der französischen Regierung für unsere Ostpolitik als eine sehr wichtige Hilfe. Der Präsident der Republik hat erst vor wenigen Tagen wieder gesagt, daß wir dieser Unterstützung gewiß sein können. Der französische Außenminister hat im Mai auf der NATO-Ministerratssitzung in Rom unsere Initiativen ausdrücklich begrüßt und unterstützt. Auf der Ministerratssitzung der WEU in Bonn hat er sich zum Sprecher der sechs Verbündeten gemacht, als er unserer Politik deren volle Unterstützung zusicherte.

Frage:

Die Verhandlungen der Sechs mit London haben begonnen. Glauben Sie, daß die Engländer bereit sind, die europäischen politischen Positionen anzunehmen, oder haben Sie den Eindruck, daß sie auch weiterhin von der Weite der Welt („le grand large“) angezogen werden?

Antwort:

Zur Beantwortung dieser Frage bin ich eigentlich nicht der richtige Adressat. Die Engländer werden selbst zu antworten wissen. Ich zweifle jedoch nicht, daß die neue britische Regierung — ebenso wie ihre Vorgängerin — an der Verwirklichung der europäischen Einigung mitwirken will. Wie sie schon in Ihrer Frage sagten: In diesen Tagen hat das erste offizielle Gespräch über den Beitritt zur EWG stattgefunden.

In den nächsten Wochen werden die Verhandlungen weitergeführt, zunächst mit den Briten, bald darauf mit den anderen. Natürlich werden auch die Interessen des British Commonwealth behandelt werden, wenn Sie mit dem Wort „le grand large“ darauf anspielen. Die Gemeinschaft wird im Verlaufe der Gespräche, die sicher — weil Interessen im Spiel sind — nicht einfach werden und längere Zeit dauern dürften, die Argumente hören und zu einem Interessenausgleich kommen. Ich zweifle nicht daran, daß am Ende dieser Verhandlungen der Beitritt ermöglicht und Europa gestärkt aus ihnen hervorgehen wird.

Frage:

Viele scheinen über die Entwicklung der wirtschaftspolitischen Macht der Bundesrepublik Deutschland besorgt und fragen sich, ob nicht in Europa Deutschlands Stunde geschlagen hat. Was können Sie hierzu sagen?

Antwort:

Ich kann mit dem Begriff der nationalen Wirtschaftsstärke nicht viel anfangen. Wir haben, das gebe ich zu, in diesem Land einiges zustande gebracht, aber die wirtschaftliche Kraft der Bundesrepublik sollte nun auch nicht überschätzt werden. Die noch erfreuliche Konjunkturlage kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß unsere Wirtschaft krisenanfällig ist. Denken Sie nur an die hohe Exportabhängigkeit unserer Volkswirtschaft. Ich verweise darauf, daß die OECD kürzlich der französischen Wirtschaftsentwicklung vergleichsweise bessere Noten ausgestellt hat als der unseren.

Soweit man aber von einer deutschen Wirtschaftsstärke sprechen kann, ist die Bundesregierung nach wie vor bereit, diese in den Dienst der europäischen Einigung zu stellen. Unsere wirtschaftliche Zukunft liegt in erster Linie in der Europäischen Gemeinschaft. Sie über die Zollunion hinaus zur Wirtschafts- und Währungsunion auszubauen, ist nicht nur eine Frage der politischen Vernunft sondern auch unseres langfristigen wirtschaftlichen Interesses.

Frage:

Sind Sie der Meinung, daß in den siebziger Jahren Frankreich und Deutschland immer noch Gründe haben, sich zu heilen und gemeinsam zu handeln?
Inwiefern ist ihre Zusammenarbeit keine bloße, heute ein wenig vage diplomatische Formel?
Was erwarten Sie von Ihrem bevorstehenden Treffen mit Präsident Pompidou?

Antwort:

Ich stimme mit Präsident Pompidou überein, daß das deutschfranzösische Verhältnis nicht exklusiv, sondern daß es beispielhaft sein soll.

Wenn Frankreich und Deutschland nicht eng zusammenarbeiten, geht es auch mit dem westeuropäischen Zusammenschluß nicht voran. Wenn Frankreich und Deutschland eng zusammenarbeiten, wird sich dies auch auf die Ost-West-Beziehungen günstig auswirken. Außerdem haben wir immer wieder bilaterale Fragen zu besprechen, die sich aus der vielfachen und immer intensiver gewordenen Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern ergeben.

Mein bevorstehendes Zusammentreffen mit dem Präsidenten der Republik bietet die willkommene Gelegenheit zu einem erneuten umfassenden Gedankenaustausch. Ich bin davon überzeugt, daß dies nicht nur der Freundschaft zwischen unseren beiden Ländern zugute kommt, sondern daß es sich auch positiv in der europäischen und internationalen Politik niederschlagen wird.

Frage:

Werden die Ergebnisse der Landtagswahlen auf die Zukunft der Bonner Koalition Rückwirkungen haben?

Antwort:

Nein, die Ergebnisse der Landtagswahlen — die übrigens zum Teil unzutreffend interpretiert worden sind — werden auf die Bonner Regierungskoalition keine Rückwirkungen haben. Auch der kleinere Koalitionspartner, die FDP, hat auf seinem kürzlich durchgeführten Parteitag nachdrücklich betont, daß unser Regierungsprogramm konsequent verwirklicht werden soll.

Frage:

Herr Bundeskanzler, Sie sind nun bald seit neun Monaten an der Regierung. Wie fassen Sie Ihre Rolle als Bundeskanzler auf? Haben Sie sich persönlich verändert?

Antwort:

Wissen Sie, die von mir geführte Regierung versteht sich als eine Regierung der aktiven Friedenssicherung und zugleich als eine Regierung innerer Reformen.

Im außenpolitischen Bereich kann die Bundesregierung darauf hinweisen, daß sie konsequente Schritte unternommen hat, um das Mißtrauen im Verhältnis zum europäischen Osten abzubauen. Unsere Gespräche sind nicht abgeschlossen. Die Art und Weise, wie sie verlaufen, und die Zwischenergebnisse, die auf dem Tisch liegen, berechtigen uns jedoch zu der Hoffnung, daß wir nicht ergebnislos bleiben werden. Andererseits: die Wiederbelebung der Europäischen Einigung seit der Gipfelkonferenz in Den Haag, die Schritte zur Vollendung des Gemeinsamen Marktes, die Einigung der Außenminister der Sechs über den Beginn einer politischen Zusammenarbeit sind weitere bedeutsame Fortschritte, an denen die Bundesregierung mitgewirkt hat.

Bei der Durchführung der inneren Reformvorlagen hat die konjunkturpolitische Lage einige Phasenverschiebungen bewirkt. Trotzdem sind die gesellschaftspolitischen Akzente, die wir gesetzt haben, nicht zu übersehen. Hierzu zählen die Modernisierung des Strafrechts, ein modernes Städtebaugesetz, zahlreiche Einzelmaßnahmen im Bereich der Sozialpolitik, die größerer sozialer Gerechtigkeit dienen und vor allem die Bildungsreform, in die sich die Bundesregierung jetzt voll eingeschaltet hat. Dies ist meine erste Priorität. Aber daneben haben wir auch auf dem Gebiet der Infrastruktur noch viel zu tun.

Ob ich mich in den Monaten meiner Kanzlerschaft verändert habe? Ich glaube das nicht, außer, daß ich natürlich einiges hinzugelernt habe. Im Übrigen denke ich, daß ich die Beantwortung dieser Frage anderen überlassen sollte.